



## Integration oder Vielfalt

### die Entscheidung der Koalition in Berlin zur „Migrationspolitik“

*Ein Gastbeitrag von Hans-Georg Lorenz*

Integration ist das am meisten missbrauchte Wort, wenn Politik über den Umgang mit Menschen spricht, die abseits der Sozi-al-gemeinschaft stehen. Das können auch Deutsche sein, die von der Gesellschaft ausgeschlossen wurden und die man wieder in der Gemeinschaft aufnehmen möchte.

In der folgenden Abhandlung wird nur über die Aufnahme von Menschen anderer Nationalität und anderer Kultur in Deutsch-land gesprochen.

#### **Integration wird unterschiedlich definiert:**

Eigentlich und zutreffend beschreibt **Integration** einen Vorgang, in dem zwei unterschiedliche Gruppen zu einer zusammenwachsen, wobei sich **beide** verändern. Um es einfach auszudrücken: Aus der Gruppe A und der Gruppe B wird die Gruppe C.

In der Politik wird aber auch „**friedliches Nebeneinander**“ als „Integration“ bezeichnet. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen leben in einem Land **nebeneinander**.

Schließlich wird Integration auch als **Assimilation** missverstanden. Danach hat sich eine Gruppe der anderen **völlig anzugleichen**.

**Assimilation**, die auf Unterwerfung einer Gruppe unter die andere hinausläuft, funktioniert bei größeren Gemeinschaften selbst dann nicht, wenn diese sich sehr nahestehen. Die „Übernahme der DDR“ durch die Bundesrepublik Deutschland war weitgehend auf Assimilation ausgerichtet und ist trotz allseitiger Bemühungen auch nach mehr als 30 Jahren nicht gelungen. Dass die „neuen Bundesländer“ politisch anders ticken als die Länder der alten Bundesrepublik Deutschland liegt auch daran, dass den Bürgerinnen und Bürgern der DDR die Übernahme aller Verfassungsvorschriften und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland verordnet wurde. Übrigens: China praktiziert das Prinzip der Assimilation! Wer also diese Form der „Vereinigung“ fordert, sollte sich über Pekings Politik gegenüber den Uiguren nicht aufregen.

Das **friedliche Nebeneinander** kann eine Zeit und/oder unter besonderen Bedingungen funktionieren. In den meisten Fällen scheitert dieser Versuch. Es stellt sich nämlich regelmäßig her-aus, dass es der einen Gruppe deutlich besser geht als der anderen. Und das wird auf Dauer nicht geduldet. Wer

nach Beispielen sucht, wird sie in den USA finden. Wer eine dauerhafte Lösung sucht und nicht erst in Generationen Erfolge erzielen will, muss den Weg der **Integration** gehen. Er ist allerdings der schwerste Weg.

**Wer Migrationspolitik erfolgreich betreiben will, muss sich für eines der Ziele entscheiden. Die Maßnahmen, die jeweils ergriffen werden sollen, um das eine oder andere zu fördern, sind nämlich unterschiedlich.**

**Die Koalition hat sich für das Modell des „friedlichen Nebeneinander und gegen das Modell der „Integration“ entschieden.**

Sie mag das, was sie beschlossen hat, Integrationspolitik nennen – **es ist aber keine!**

Das ergibt sich aus der Koalitionsvereinbarung selbst:

Von einem Ziel der Integration wird nicht gesprochen. Stattdessen wird als Ziel die „Vielfalt“ gefordert.

Alle geforderten Maßnahmen zielen darauf, den Migranten ein Leben in Deutschland zu ermöglichen, ohne sich auf ei-ne prägende Begegnung mit der Mehrheitsgesellschaft ein-lassen zu müssen. So soll – so das am weitesten gehende Postulat - ein Verstehen der deutschen Sprache nicht erforderlich sein, um – nach fünfjährigen Aufenthalt in Deutschland - sogar an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus teilzunehmen zu können.

Um deutscher Staatsbürger zu werden, kann auf eine beachtenswerte Fähigkeit, in Deutsch zu kommunizieren, „ausnahmsweise“ verzichtet werden. Auch auf einer wirtschaftlichen Integration soll nicht beharrt werden. Dass diese „Deutschen“ keinen Bezug zu der Gesellschaftsordnung dieses Landes haben können, versteht sich von selbst.

Jede tatsächliche inhaltliche Auseinandersetzung mit den Organen des deutschen Staats und deren Vorschriften wird durch eine Fülle von Hilfsorganisationen abgenommen.

Die Zahl der Migranten, die in Berlin aufgenommen werden, soll drastisch erhöht werden. Das soll sowohl durch die Aufnahme von mehr Flüchtlingen geschehen – Aufnahme sogar unter Ausschaltung von Bundeskompetenzen - als auch durch die deutliche Erleichterungen des Familiennachzugs auch für Flüchtlinge. Hier sollen rein humanitäre Kriterien die Entscheidung bestimmen.

Berlin will auch jene Migranten aufnehmen, die anderen Bundesländern zugewiesen wurden.



Kurz: **Die Stadt soll gleichsam der „hotspot der Migration“ werden.**

Die Aufzählung könnte deutlich erweitert und durch Zitate belegt werden. Diese kann aber durch die anliegende Aufstellung jeder selbst erkennen.

Da Berlin schon jetzt die erforderlichen Maßnahmen für eine Integration aller Migranten nicht zu leisten in der Lage ist, bedeuten erhöhte Zuzüge den Verzicht auf dieses Ziel. Daher ist es auch ehrlich, dass es auch gar nicht mehr erwähnt wird.

Hier geht es aber zunächst nicht darum zu beurteilen, ob diese Politik „richtig“ oder „falsch“ ist.

**Es ist lediglich festzustellen, dass der Senat keine Integrationspolitik mehr betreiben will, sondern auf das Konzept der „Vielfalt in friedlicher Nachbarschaft“ setzt.**

**Was spricht also für ein solches Konzept des „friedlichen Nebeneinanders in Vielfalt“? Kann es nicht gerade in Deutschland funktionieren?**

Zunächst kann man zu Gunsten eines Konzepts der „Vielfalt“ anführen, dass es in fünfzig Jahren nicht gelungen ist, die Integration der hier lebenden Migranten zu verwirklichen. Mit der neuen Politik der Koalition will man sich ehrlich machen und das anstreben, was ohnehin Lebenswirklichkeit ist.

Das ist ein gewichtiges Argument, denn tatsächlich ist die Isolation bestimmter Teile der Bevölkerung Berlins eine Tat-sache. Wenn man in bestimmten Stadtteilen mit Türkisch und Arabisch besser fährt als mit Deutsch, wenn sich Berliner Türken mehrheitlich für oder gegen Erdogan entscheiden, sich aber nicht dafür interessieren, wer ihre Interessen in Deutschland vertritt, dann wird deutlich, dass sie mehrheitlich in dieser deutschen Gesellschaft nicht „angekommen“ sind.

Das ist ein erheblicher Mangel, der auch durch die große Zahl von Migranten, die sich Deutschland eher verbunden fühlt als dem Herkunftsland, nicht aufgehoben wird. Der Wille, ein der tatsächlichen Entwicklung der Gesellschaft Rechnung tragendes Konzept zu fahren, ist daher verständlich!

Die Migranten behalten im „Modell der Vielfalt“ ihre kulturelle Identität. Diese wird nicht durch integrative Maßnahmen verfälscht.

Man kann humanitären Neigungen in vollem Umfang Rechnung tragen. Argumente für eine Beschränkung von Zuwanderung, um Menschen aus schwierigen Notlagen zu befreien, gibt es in diesem System nicht.

Schließlich erspart man sich Konflikte mit Migranten, denen eine Eingliederung nicht gelingt oder sie ablehnen.

Das Ziel des „friedlichen Nebeneinanders“ birgt aber auch viele Risiken und Nachteile:

Zunächst ist festzustellen, dass die SPD immer eine „Partei der Integration“ gewesen ist. Emanzipation und Integration bedingen sich nämlich. Die Emanzipation der Arbeiterklasse aber war der Anlass für die Gründung der SPD. Diesem Konzept der Eingliederung aller in die Gemeinschaft als gleichberechtigte Mitglieder ist die Partei stets treu geblieben. Die Aufgabe dieses Konzepts ist daher ein schwerer Einschnitt in das politische Grundverständnis der SPD. **Jeder, der dieses Selbstverständnis der SPD verändern will, sollte sich fragen, ob er dies in der richtigen Partei tut oder ob er es nicht besser in einer anderen versucht.**

Aber man braucht nicht die Geschichte bemühen, um zu erkennen, dass die Vertreter des „Konzepts der Vielfalt“ in Widersprüche geraten. Ersichtlich wird dies in der Forderung, die Migranten an der öffentlichen Verwaltung und der Regierung anteilmäßig zu beteiligen: Wer den Gruppen ein von der Mehrheitsgesellschaft isoliertes Eigenleben gestattet, hat natürlich Schwierigkeiten, ihnen eine anteilige Repräsentation in der Verwaltung zu vermitteln: Beamte und Angestellten des öffentlichen Dienstes müssen - nach Gesetz und Vernunft - für ihre Tätigkeit geeignet sein. Mindestvoraussetzung ist daher das Beherrschen der deutschen Sprache, die Kenntnis der einschlägigen Gesetze und deren Anwendung **im Sinne der Verfassung**. Das kann ohne die Kenntnis und Verständnis der Grundlagen des Rechtsstaats Bundesrepublik Deutschland nicht gelingen.

Das bedeutet im Ergebnis:

**Nur diejenigen „Migranten“, die sich integriert oder sogar assimiliert haben, können in Politik und Verwaltung arbeiten.**

Die aber sollen diejenigen vertreten, von denen man nicht einmal erwartet, dass sie zu den unverzichtbaren Grundlagen der deutschen Gesellschaftsordnung stehen? Dass dieses Ergebnis im Sinne einer Vertretung nach demokratischen Grundsätzen widersinnig ist, hätte auch denen auffallen müssen, die diese Koalitionsvereinbarung geschrieben haben. Im Ergebnis stellt sich die Frage, ob das „Konzept der Vielfalt“ überhaupt mit dem demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland vereinbar ist und in welchen Formen es verwirklicht werden kann.



Auch die Feststellung, dass die Vielfalt dadurch erhalten bleibt, dass möglichst viele Migranten sich nicht integrieren, findet in der Realität keine Entsprechung: Unstreitig ist die deutsche Kulturszene und die deutsche Gesellschaft durch die Migration bereichert worden. Die „deutsche Kultur“ hat sich stark verändert. Träger dieser kulturellen Entwicklung waren aber auf Seiten der Migranten nicht diejenigen, die sich der Integration verweigerten. Erst in dem **Zusammenwirken** der Kulturen hat sich die Vielfalt verwirklichen können.

Diejenigen, die eine inhaltliche Auseinandersetzung der Kulturen ablehnen, dienen keineswegs ihrer heimischen Kultur. Kultur, die sich nicht weiterentwickelt, wird zum Museum. Die (Selbs-)Isolation von Migranten stärkt die Vorurteile deutscher Gegner der Integration von Migranten: Deutsche Menschen, die fremde kulturellen Werte ablehnen. Und die gibt es in stattlicher Zahl. In beiden Lagern sind dies übrigens zumeist Menschen, deren Verhältnis zur eigenen Kultur auf sehr schwachen Füßen steht.

Richtig ist freilich, dass Staaten, die das Konzept der Integration umsetzen wollen, die Zuwanderung begrenzen müssen. Integration verlangt außerordentliche Anstrengungen, die aufwändig und teuer sind. Aufnahme sehr vieler Migranten kann daher die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft überfordern. Zuzugregelungen sind erforderlich, wenn man auf Integration setzt. Das führt zu unangenehmen Auseinandersetzungen mit denen, die nur auf humanitäre Argumente setzen. Sich diesen Auseinandersetzungen zu verweigern, ist ein Problem deutscher Politik, die aus Angst als inhuman zu gelten, die Interessen der Migranten vernachlässigt, die sich seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland befinden und dennoch sozial isoliert sind.

Schließlich schlägt auch das teilweise Scheitern des Konzepts der Integration in der Realität keineswegs zu Gunsten der „Vielfalt“ aus. **Die Wirklichkeit ist nämlich keineswegs friedlich, wie wir nicht erst seit der jüngsten Studie aus Neukölln wissen.**

**Es ist daher ein schwerer Fehler, wenn die Koalition das Ziel einer Integration aufgibt, das die SPD in ihrer Geschichte immer verfolgt hat.** Auch die SPD hat das Ziel der Integration leider nie mit dem erforderlichen Einsatz verfolgt.

**Die gegenwärtige Situation ist übrigens nicht durch das „friedliche Nebeneinander“ gekennzeichnet:**

Der Wille zur Integration schwindet in einigen Teilen der deutschen Bevölkerung dramatisch. Auf Maßnah-

men, die Integrationsbereitschaft der Deutschen zu stärken, geht die Koalitionsvereinbarung gar nicht ein. Das ist auch eine Folge der Einstellung „fortschrittlicher Kreise“, jeden Deutschen in die rechte Ecke zu stellen, der Migranten kritisch sieht und Angst davor hat, benachteiligt zu werden. Der Schlüssel zum erfolgreichen Kampf gegen den Rechtsradikalismus liegt aber darin, die Integrationsbereitschaft zu stärken und nicht etwa darin, die Integrationsunwilligen als Rechtsradikale auszugrenzen und in die Arme der AfD zu treiben.

Unter den Migranten gibt es oft schwerste Vorbehalte nicht nur gegenüber der „deutschen Kultur“, sondern vor allem gegenüber anderen Migranten. Das typische Beispiel ist der „Antisemitismus“ arabischer – und teilweise auch türkischer und osteuropäischer – Gruppen. Aber auch Araber und Türken, Türken und Kurden, Tschetschenen und Russen, Georgier und Russen, Ukrainer und Russen, Armenier und Türken, Muslime und Christen, Sunniten und Schiiten, Sunniten und Aleviten, Anhänger von Erdogan und seine Feinde usw. begegnen einander eher ablehnend als freundlich.

Diese „Vielfalt in der gegenseitigen Ablehnung“ darf keine Zukunft haben. Die kulturelle Vielfalt ist nur zu bewahren, wenn sich diese Gruppen in eine – dann allerdings auch deutlich veränderte – „deutsche Kultur“ integrieren und ihre Beiträge zu deren Umgestaltung einbringen.

Es ist daher die Pflicht sozialdemokratischer Politik darzustellen, wie sie sich Integrationspolitik tatsächlich vorstellt und welche Anstrengungen sie dafür eingehen will. Die Koalitionsvereinbarung hat Integrationspolitik nicht einmal als Aufgabe erkannt, geschweige dazu Beiträge geleistet. Die Aufzählung in sich teilweise sogar widersprüchlicher Maßnahmen mit dem Ziel, möglichst viele Migranten nach Berlin zu holen, kann dabei nicht helfen.

Es wird spannend zu beobachten sein, wie sich der Senat dazu verhalten wird. Die Partei wird das beobachten!

***Hans-Georg Lorenz**, Jahrgang 1943, in Berlin geboren, ist ein deutscher Rechtsanwalt und Politiker (SPD) sowie ehemaliges Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin. Er studierte Rechtswissenschaften an der FU Berlin und trat 1961 in die SPD ein. Von 1979 bis 2006 war er Mitglied des Abgeordnetenhauses. Er war von 1982 bis 1987 Kreisvorsitzender der SPD-Spandau. Innerhalb der Berliner SPD gehört er dem links orientierten Donnerstagskreis an.*